

Beirat für Menschen mit Behinderungen

#### **Niederschrift**

#### über die Sitzung des Behindertenbeirates des Kreises Warendorf am 12.04.2016 im Kreishaus in Warendorf

#### (4. Sitzung der Wahlperiode)

Inhalt:			
Lfd. <u>Nr.</u>	Gegen	stand	Seite
1.	Eingliederungshilfe – Kostenentwicklung des überörtlichen Sozialhilfeträgers		3
2.	Stationäre und teilstationäre Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen im Kreis Warendorf		4
3.	Inklusion – Berufsorientierung in der beruflichen Rehabilitation hier: Vorstellung des Projektes "Übergangsmanagement II"		5
4.	Versch	iedenes / Neuer Termin	6
Anla	igen		
Anlage 1		Präsentation zur Eingliederungshilfe – Kostenentwicklung des überörtlichen Sozialhilfeträgers	
Anlage 2		LWL-Tagesklinik und Institutsambulanz Warendorf für Kinder- und Jugendpsychiatrie	
Anlage 3		Berufseingliederung für junge Menschen mit Beeinträchtigung	

Kreis Warendorf Waldenburger Straße 2 48231 Warendorf Postfach 11 05 61 48207 Warendorf

Ansprechpartner: Herr Schabhüser Telefon 0 25 81/53-5012 Fax 0 25 81/53-5099 E-Mail: Helmut.Schabhueser@kreis-warendorf.de

Sitzungsbeginn: 14.00 Uhr Sitzungsende: 16.25 Uhr

Anwesend:

vom Behindertenbeirat: Dr. Klaus Blex

Wilhelm Büker Claudia Elkmann Thomas Empting

Andrea Geiger (für Frau Birkhahn)

Günter Holz

Manfred Kraft (für Herrn Behnke) Herbert Kraft (für Herrn Niehenke)

Siegrid Kurp Niko Lancier Christel Laumann

Manfred Lensing-Holtkamp

Heinz Linnemann
Hans-Joachim Mettler
Ulrich Schlösser
Susanne Schloms
Marion Schmelter
Josef Strohbücker
Robert Strübbe

es fehlen:

Martin Behnke Astrid Birkhahn Pia Hermans

Annegret Kost-Ateser

Josef Niehenke Petra Pioch Christoph Pundt Philipp Röhl Michaela Schulz Günter Schweer

Hans-Jürgen Vicariesmann

Detlef Weißenborn

von der Verwaltung:

Dr. Heinz Börger Johanna Hahnrath

Dr. Wolfgang Hückelheim

Anne Middendorf Helmut Schabhüser Richard Uhkötter

Gäste:

Dr. Mahha El-Faddag, LWL-Tagesklinik Warendorf

Jürgen Kockmann, LWL-Behindertenhilfe Münster

Herr Linnemann begrüßt die Anwesenden.

Herr Dr. Börger stellt Herrn Dr. Hückelheim vor, Leiter des Sozialpsychiatrischen Dienstes des Gesundheitsamtes des Kreises.

## TOP 1: Eingliederungshilfe – Kostenentwicklung des überörtlichen Sozialhilfeträgers

Herr Kockmann LWL-Behindertenhilfe Münster, stellt anhand einer Präsentation (Anlage 1) die Kostenentwicklung des überörtlichen Sozialhilfeträgers bei der Eingliederungshilfe dar.

Er berichtet, dass die Betreuung der Menschen mit Behinderung im Alter eine große Herausforderung und eines der zentralen Zukunftsthemen sei. Im Jahr 2010 gehörten im Zuständigkeitsbereich des LWL 10.000 Menschen mit geistiger Behinderung zu dieser Personengruppe, in 2030 würden es 38.000 Personen sein. Für Menschen mit psychischer Behinderung liegen keine Zahlen vor.

Eine weitere Herausforderung sei der Umgang mit Menschen mit hohen und besonderen Hilfebedarfen, die zeitweise eine geschlossene Unterbringung benötigen.

Das zweite 10 Mio. € - Programm beinhalte eine Förderung quartiersbezogener Wohnprojekte insbesondere für Menschen mit hohem technischem Hilfebedarf, erläutert Herr Kockmann.

Zum Thema schwerstmehrfach behinderte Menschen in Werkstätten erläutert Herr Kockmann, dass der Sozialausschuss des LWL beschlossen habe, hier den NRW-Weg weiter zu gehen. Entgegen der Praxis in anderen Bundesländern sollen diese Menschen hier auch weiterhin in den Werkstätten beschäftigt werden.

Zur Aufwandsentwicklung der überörtlichen Sozialhilfe im Kreis Warendorf teilt Herr Kockmann mit, dass die Kosten von 2007 bis 2014 um 60 % gestiegen seien. Ursachen hierfür sei z. B, dass immer mehr Menschen und weitere Zielgruppen in das Hilfesystem fallen. Zudem sei die Kostensteigerung bei den Personalkosten, die 80% der Kosten ausmachen, für die Aufwandsentwicklung verantwortlich.

Es sei daher zu prüfen, welche kostendämpfenden Maßnahmen möglich seien, ggf. auch durch Eingriffe bei bestehenden Standards.

Herr Kockmann erläutert, dass im Bereich des Ambulant Betreuten Wohnens eine bewusste Steigerung der Platzzahlen erfolge. Dagegen sei es jedoch nicht gelungen, einen gleichzeitigen Abbau der stationären Plätze zu erreichen.

Herr Büker weist auf die Problematik der älter werdenden behinderten Menschen hin, die die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen verlassen. Herr Dr. Blex erkundigt sich nach den Diagnosen der psychischen Erkrankungen und Frau Kurp nach den Personen, die an einem "Burnout" erkrankt sind. Zur weiteren Kostenentwicklung berichtet Herr Kraft, wobei Herr Kockmann darstellt, dass der Kostenanstieg gedämpft werden soll und die Notwendigkeit der Hilfe überprüft werden muss.

Zur Frage von Herrn Lensing-Holtkamp, zur Deckelung der Wohnheimplätze führt Herr Kockmann aus, dass es keine Deckelung gebe, sondern lediglich ein Abbaukonzept mit einer Verlagerung von Plätzen in unterversorgte Gebiete.

Frau Schloms formuliert das Ziel, die Menschen nicht in Altenheime, sondern in Wohnungen zu bringen.

Herr Dr. Börger weist hinsichtlich der Kosten des LWL darauf hin, dass dieses ebenso Kosten des Kreises seien, die über die Kreisumlage von den Städten und Gemeinden vereinnahmt werden müssen. Diesen wiederum fehle der finanzielle Spielraum, so dass eine Erhöhung der kommunalen Einnahmen, z. B. durch Erhöhung der Grundsteuern, notwendig sei.

Es sei daher erforderlich, die Kommunen als Träger der Eingliederungshilfe zu entlasten, zumal durch die Flüchtlingskosten und das Pflegestärkungsgesetz II weitere Aufwendungen entstehen, erläutert Herr Dr. Börger. Er zeigt sich jedoch wenig optimistisch, eine nachhaltige Lösung zu finden.

Er bewerte es als mutigen Schritt seitens des LWL, die derzeitigen Standards zu prüfen und ggf. zu senken. Durch Personalabbau sei bereits eine Standardverschlechterung erfolgt.

Frau Middendorf teilt mit, dass in der Regionalplanungskonferenz das Thema der Älteren Menschen mit Behinderung in der Pflege behandelt wurde. Sie schlägt vor, das Ergebnis sowie mögliche Handlungsoptionen in einer Sitzung des Beirates zu besprechen.

Sie weist darauf hin, dass nicht alle Menschen mit Behinderungen im bestehenden System aus Werkstätten, Einrichtungen usw. bekannt/ erfasst seien.

Herr Linnemann stellt abschließend fest, dass die psychischen Erkrankungen zukünftig ein noch größeres Problem werden. Psychische Probleme seien schwieriger zu behandeln als z. B. körperliche Einschränkungen.

Er dankt Herrn Kockmann für seinen Bericht.

# TOP 2: Stationäre und teilstationäre Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen im Kreis Warendorf

Frau Dr. El-Faddagh, LWL-Tagesklinik Warendorf, berichtet anhand einer Präsentation (Anlage 2) über die LWL-Tagesklinik und Institutsambulanz Warendorf für Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Sie erläutert u. a.

- Wege in die Ambulanz bzw. in die Tagesklinik
- Patienten der Tagesklinik und deren Indikationen
- Angebote der Ambulanz und der Tagesklinik.

Sie ergänzt auf Nachfrage, dass traumatisierte Flüchtlingskinder bisher noch nicht in die Tagesklinik Warendorf aufgenommen wurden. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund betrage ca. ein Drittel.

Die Abrechnung der Kosten in der Klinik erfolge über die Krankenkassen. Die Wartezeit für einen Platz in der Tagesklinik liege bei etwa 2 – 3 Wochen.

An der folgenden Diskussion über den Bericht von Frau El-Faddagh beteiligen sich Herr Linnemann, Herr Dr. Blex, Herr Lensing-Holtmann und Herr Strohbücker. Weitere Nachfragen von Frau Kurp und Frau Geiger werden beantwortet.

Herr Linnemann dankt Frau Dr. El-Faddagh für ihren Bericht.

#### TOP 3: Inklusion - Berufsorientierung in der beruflichen Rehabilitation

Herr Linnemann berichtet über die Berufsorientierung von jungen Menschen mit Beeinträchtigung (sh. Anlage 3).

Er weist darauf hin, dass Inklusion häufig dahingehend verstanden werde, dass es keinen Förderbedarf mehr gebe. Dieses sei ein Trugschluss. Es gebe nach wie vor Schüler, die Hilfen über das übliche Maß hinaus bei der beruflichen Eingliederung in den Arbeitsmarkt benötigen.

Herr Linnemann erläutert, dass mit der Overbergschule in Beckum noch eine Schule für Lernbehinderte im Kreis Warendorf ab Sommer diesen Jahres bestehe. An dieser Schule werden ab Sommer die Schüler der letzten Jahrgänge von der Pestalozzi Schule in Ennigerloh und der Johanna Rose Schule sowie der Overberg Schule zusammengeführt. Nach heutigem Stand wird die Overberg Schule dann in 2019 auch aufgelöst.

In den letzten 2 Jahren haben bereits einige Schüler von den Förderschulen zu Integrationsschulen im Kreis gewechselt. Das bedeutet, dass Schüler, die Hilfen im Wege der beruflichen Rehabilitation benötigen, über alle Schulen im Kreis verteilt sind. Das bedeutet eine besondere Herausforderung bei der Erreichbarkeit der Schüler und auch der Eltern. Hier müsse nun ein ganz neues "System" entwickelt werden.

Diese Erreichbarkeit sei insofern wichtig, da die Schüler bestimmte Wege und Ausbildungsformen und die damit verbundene Integration in den Arbeitsmarkt nur mit den Hilfen im Rahmen der beruflichen Rehabilitation erreichen können.

Hierzu gehört beispielsweise die vereinfachte Ausbildung, die in der Regel nur im Rahmen einer Reha-Maßnahme realisiert werden kann, da die Betriebe, bis auf 3 Ausnahmen, nicht die Ausbildungsberechtigung für vereinfachte Ausbildungen haben. Von daher ist eine enge Zusammenarbeit mit Bildungsträgern erforderlich, da diese die

von den Kammern geforderten Voraussetzungen erfüllen.

An der folgenden Diskussion über den Bericht von Herrn Linnemann beteiligen sich Herr Strübbe, Herr Schlösser, Frau Strohbücker, Frau Schmelter und Frau Middendorf.

Herr Dr. Börger erläutert, dass die betroffenen Jugendlichen mit Beeinträchtigungen ganz besondere Unterstützung benötigen. Problem der besonders lernschwachen

Jugendlichen sei, dass diese zu stark für die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, jedoch gleichzeitig zu schwach für den Arbeitsmarkt seien.

Herr Linnemann ist davon überzeugt, dass Schüler mit dem Förderschwerpunkt Lernen von der Inklusion profitieren werden.

Dieser Prozess wird aber nach seiner Einschätzung und auch der Meinung anderer Fachleute noch viele Jahre andauern. Hier müssen noch viele Schnittstellen beseitigt werden, bis das System rund ist.

Eine Grundvoraussetzung hierfür ist auch, dass Inklusion im Bewusstsein der Menschen ohne Behinderung ankommen muss.

#### **TOP 4: Verschiedenes / Neuer Termin**

Frau Elkmann erkundigt sich, wer für Parkplätze für Menschen mit Behinderungen zuständig sei. Oft seien diese zu klein z. B. für größere Autos, die einen Rollstuhl transportieren. Sie schildert zwei konkrete Beispiele in Warendorf.

Frau Middendorf teilt mit, dass in diesen Fällen immer die jeweilige Stadt (Ordnungsamt) Ansprechpartner sei.

Herr Dr. Börger rät, direkt Herrn Dr. Thormann bei der Stadt Warendorf anzusprechen und ihm die geschilderten Beispiele zu beschreiben.

Als Termin für die nächste Sitzung des Behindertenbeirates wird **Dienstag, der 15.11.2016, 14.00 Uhr**, im Kreishaus Warendorf vereinbart.

Herr Linnemann schließt die Sitzung um 16.25 Uhr.

Hejnz Linnemann

/orsitzender

Helmut Schabhüser

Schriftführer